

DAS THEMA

Dass die Thüringer Landesregierung plant, gegen das Volksbegehren zur Gebietsreform zu klagen, so der Titel der Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion in der Landtagsdebatte am 28. September, hatte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, in ihrer Rede zurückgewiesen und von einem Eigentümer der CDU gesprochen. „Es gibt keine Klage, es gibt nicht einmal die Prüfung.“

Diese werde erst dann vorgenommen, wenn der Landtagspräsident den Antrag des Volksbegehrens formal geprüft habe. Dann allerdings stünden aus ihrer Sicht, so die Fraktionschefin, und entsprechend der Landesverfassung zwingend weitere Schritte an. „Der Verfassungsgerichtshof wird dann entscheiden, ob das Volksbegehren verfassungsgemäß ist.“

In der weiteren Debatte machten Redner der Koalitionsfraktionen deutlich, dass es in der Vergangenheit ja gerade CDU-Landesregierungen waren, die gegen Volksbegehren geklagt hatten. Dieses destruktive Vorgehen bringt noch heute die rot-rot-grüne Landesregierung in Schwierigkeiten, denn sie darf nach der Gewaltenteilung Urteile des Thüringer Verfassungsgerichtshofs nicht einfach ignorieren.

Diese Schwierigkeiten hätte der Landtag allerdings schon längst beseitigen können, wenn sich die CDU nicht immer einer Verfassungsänderung zur weitgehenden Abschaffung des Finanzvorbehalts (eingeschlossen der Abgabenvorbehalt) verweigert hätte.

Denn die Koalitionsparteien LINKE, SPD und GRÜNE sind – auch als Mitglieder des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ – schon zu ihren

Immer wieder gegen Volksbegehren geklagt

Das destruktive CDU-Vorgehen bereitet noch heute Rot-Rot-Grün Schwierigkeiten

Oppositionszeiten für diese Abschaffung eingetreten. Würde eine rot-rot-grüne Landesregierung Urteile des Thüringer Verfassungsgerichtshofs einfach ignorieren, wäre die CDU die erste, die das monieren würde.

Die erste Klage startete die CDU-Landesregierung am 6. April 2001 gegen das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“, mit dem das Bündnis Bürgerantrag, Volksbegehren und Volksentscheide verbessern wollte. Sie sagte damals, es gebe keine Wahl, die Verfassung erzwingt eine Klage. Am 19. September 2001 – also ziemlich genau vor 15 Jahren – erging das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Es fasste den Spielraum für finanzwirksame Volksbegehren, also solche, die finanzielle Auswirkungen haben, sehr eng. Die Thüringer CDU und ihre Landesregierung waren mit dem Ergebnis ihrer Klage – vor allem der Unzulässigkeit des Volksbegehrens

– hochzufrieden. Denn sie lehnten die angestrebten Reformen der direkten Demokratie auf Landesebene ab.

Im Urteil zum Verfahren über das Volksbegehren zu sozial gerechten Kommunalabgaben – es wurde am 10. April 2013 gefällt – präzisierte der Verfassungsgerichtshof weiter: Sogar Umschichtungen im Landeshaushalt, die kein Geld kosten, machen als Folge ein Volksbegehren unzulässig. Praktisch wurde damit der Spielraum für Volksbegehren noch weiter eingeschränkt. Die Thüringer CDU und ihre Teile der Landesregierung freuten sich sehr: Denn sie wollten keine sozialen Erleichterungen bei Kommunalabgaben. Zuvor hatte die CDU-Landesregierung im November 2006 gegen das Volksbegehren „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ – kurz Kita-Volksbegehren – geklagt. Es richtete sich gegen die CDU-„Familienoffensive“, die zu Verschlechterungen im Kita-Bereich

führte. Das Urteil vom 5. Dezember 2007 erklärte das Volksbegehren für unzulässig, wegen Verstoßes gegen den Abgabenvorbehalt (ein spezieller Fall des Finanzvorbehalts). Dies war wieder ganz im Sinne der CDU und ihrer Landesregierung, denn sie lehnten notwendige Änderungen an ihrer „Familienoffensive“ strikt ab.

Am 10. April 2013 – also dem Tag des Urteils zum Kommunalabgaben-Volksbegehren – forderte das Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ öffentlich den Landtag auf, die Verfassung zu ändern und finanzwirksame Volksbegehren grundsätzlich zuzulassen: „Es ist ein Webfehler, den Bürgerinnen und Bürgern anzubieten, selbst gesetzgeberisch tätig zu werden, aber sie in Geldangelegenheiten auszusperrten.“ Rot-Rot-Grün wollte schon seit ihren Oppositionszeiten diesen „Webfehler“ beseitigen. Die CDU wollte das bisher aber nicht.

Dabei sind andere Bundesländer in Sachen Zulassung finanzwirksamer Volksbegehren schon viel weiter – z.B. Bayern und Berlin. Thüringen kann und muss hier nachziehen. Unstrittig ist: Die Gebietsreform – auch das Vorschaltgesetz dazu – hat finanzielle Auswirkungen. Die Thüringer Verfassung hat an den entscheidenden Stellen einen anderen Wortlaut als in Bayern und Berlin. Also höchste Zeit und beste Gelegenheit für die CDU, ihre bisherige Verweigerungshaltung aufzugeben und sich an der notwendigen Zweidrittelmehrheit für die nötige Verfassungsänderung zu beteiligen. ■



Thüringen Spitzenreiter bei direkter kommunaler Demokratie (Fortsetzung v. Seite 5)

Aber wissen sie, was mich in der Debatte doch sehr irritiert hat? Dass die Einführung des Ratsbegehrens, was eine Form des Referendums ist, bei der CDU auf so eine Ablehnung gestoßen ist. Begründung von Ihnen: Mit dem Ratsbegehren fliehen die Gremien vor der Entscheidung und die Gremien würden ihren Wert verlieren. Wir sagen, die Gremien können nicht vor einer Entscheidung fliehen, denn vor dem Beschluss über ein Ratsbegehren werden sich die Gemeinde- oder Stadträte besonders intensive Gedanken vor ihrer eigenen Entscheidung machen. Das wird auch der Qualität der Entscheidung gut tun.

Da lehnt die CDU das Ratsbegehren ab. Fordert aber im Zusammenhang, mit der von ihr vehement bekämpften Gebietsreform die Einführung des fakultativen Referendums auf Landesebene. Das ist widersprüchlich, zeigt aber ihre eigentliche Intention. Wir, als LINKE, wie auch das Bündnis Mehr Demokratie, befürworten die Einführung der fakultativen Referendum und sagen auch deutlich, Grundprinzipien die für die direkte Demokratie auf Landesebene gelten, müssen sich auch auf

der kommunalen Ebene wiederfinden. Daher finden sich viele sinnvolle Regelungspunkte, die es schon für die direkte Demokratie auf Landesebene gibt, z.B. auch den Alternativvorschlag im Volksentscheid, nun auch im neuen Verfahrensgesetz zu Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

Diese Idee der „Spiegelung“ von sinnvollen Vorschriften der Landesebene auf die kommunale Ebene ist schon eine Idee, die beim Start der Reformdebatte zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene im Jahr 2005 vorgestellt wurde. Sie betrifft auch solche Punkte, wie das Beratungsrecht für Initiativen, das Rederecht von Vertrauenspersonen in Gremien, die Verschickung von Infomaterial an alle Haushalte vor dem Volksentscheid bzw. Bürgerentscheid. Im Übrigen auch alles Punkte, die durch die Debatte um Reform der direkten Demokratie auf Landesebene in den Jahren 2000 bis 2003 erst Eingang in das Verfahrensgesetz zu Volksbegehren gefunden hatte. Nun können diese Regelungen mit dem neuen Gesetz auch auf kommunaler Ebene endlich ihre Wirkung entfalten. Damit ist deutlich geworden:

LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeiten – auch als Mitglieder im Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ – schon rund 20 Jahre für den Ausbau der direkten Demokratie in Thüringen – während die Thüringer CDU bisher immer die Bremserin war.

Bei diesem dritten wichtigen Reform-Schritt freut es uns als LINKE, als sozusagen „parlamentarischer Arm“ des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ aktiv sein zu können. Und wir stehen auch bereit für die Umsetzung des vierten Reformbausteins, der jetzt noch aussteht und im Koalitionsvertrag auch verankert ist, nämlich die weitestgehende Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts bei Volksbegehren und Volksentscheiden. Wir stehen bereit, auch diese „Demokratie-Baustelle“ anzugehen.

Am weiteren Umgang mit ihrem eigenen Gesetzentwurf zum fakultativen Referendum kann die CDU nun beweisen, ob sie endlich tatsächlich beginnen will, die direkte Demokratie zu stärken oder ob es ihr nur um eine verlogene „Demokratieshow“ geht. Dennoch beinhaltet dieser Gesetzentwurf den Finanz- und Abgabenvorbehalt.

Sollte die CDU sich weiterhin an den Finanz- und Abgabenvorbehalt klammern, dann hat sie, was schade ist, nichts gelernt. Die Menschen in Thüringen sollten dann dieser heuchlerischen Show nicht auf den Leim gehen, mit der die CDU Rot-Rot-Grün verleumden will, die seit rund 20 Jahren gegen den Widerstand eben dieser CDU erfolgreich am Ausbau der direkten Demokratie in Thüringen arbeiten. Sollte allerdings die CDU in einer Verfassungsänderung mit der rot-rot-grünen Landtagsmehrheit für eine weitreichende Abschaffung des Finanz- und Abgabenvorbehalts bei Volksbegehren und Volksentscheiden stimmen, dann wäre sie tatsächlich keine „Demokratie-Bremse“ mehr wie all die Jahrzehnte zuvor. Wir stehen dazu bereit.

Und zum Abschluss, weil es einfach so gut ist. Kein Volksbegehren war notwendig, um Thüringen mit dieser Reform nun im bundesweiten Vergleich an die Spitze in Sachen direkter Demokratie zu stellen. Und man darf es ruhig noch einmal zitieren: „Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen“. Und das zeigt Rot-Rot-Grün mit diesem Gesetzentwurf. ■